

Hannover, 30. Mai 2017

Pressemitteilung

Geflüchtete haben Rechte! Evangelische Frauen protestieren gegen Bremse beim Familiennachzug

Die Bundesregierung hat den Familiennachzug von Flüchtlingen aus Griechenland massiv eingeschränkt. Seit April nimmt Deutschland nur noch maximal 70 Angehörige von Asylsuchenden im Monat auf. Dabei besitzen Flüchtlinge laut Dublin-Verordnung einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug. „Die Bundesregierung missachtet europäisches Recht“, kritisiert die Vorsitzende der Evangelischen Frauen in Deutschland, Susanne Kahl-Passoth. „Die Begründung, es gebe zu wenig Unterbringungskapazitäten, ist absurd. Hier stehen Unterkünfte leer, während in Griechenland Tausende Angehörige von in Deutschland lebenden Geflüchteten, darunter auch unbegleitete Minderjährige, unter schwierigen Umständen ausharren.“

Die Evangelischen Frauen in Deutschland fordern eine sofortige Einhaltung des EU-Rechts. „Gerade innerhalb der EU muss Familienzusammenführung unbürokratisch ermöglicht werden, und zwar fristgerecht innerhalb von sechs Monaten von der Zustimmung Deutschlands zur Übernahme bis zur tatsächlichen Überstellung“, so die stellvertretende Vorsitzende Angelika Weigt-Blätgen.

Darüber hinaus fordert der Dachverband der Evangelischen Frauen in Deutschland einen generellen Abschiebestopp für Flüchtlinge von Deutschland nach Afghanistan. „Eine Neubewertung der Sicherheitslage ist dringend erforderlich! Abschiebungen nach Afghanistan sind in der derzeitigen Situation unverantwortlich.“ betont Kahl-Passoth.

Der Verband Evangelische Frauen in Deutschland e.V. (EFiD) mit Sitz in Hannover ist als Dachverband die Stimme evangelischer Frauen in Kirche und Gesellschaft. Die EFiD fördert und unterstützt die Arbeit von und mit Frauen in kirchlichen Bezügen und ermutigt Frauen, in der heutigen Welt als Christinnen zu leben. Mit frauenspezifischer Kompetenz und Sicht setzt der Verband theologische, spirituelle, sozialdiakonische und politische Impulse. Zur EFiD gehören 38 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 3 Millionen Mitgliedern.